

DER HAUPTSTADTBRIEF

113. Ausgabe | 2013 INFORMATIONEN- UND HINTERGRUND-DIENST AUS BERLIN

15. Jahr | 5 Euro



Läuft dem Euro die Zustimmung davon?

Nur noch 38 Prozent der Deutschen vertrauen im Januar 2013 ihrer Währung.
In der Schweiz sind es 90 Prozent, in Schweden 87 Prozent. Beide Länder haben keinen Euro.
Sie sind von der Europäischen Umverteilung (EU) nicht betroffen.
Die Deutschen spüren ihre Enteignung als Sparer und Versicherte.
Wir zeigen, wie sie funktioniert.

Kai Konrad: Geldentwertung in den Zeiten der finanziellen Repression | S. 7

Philipp Bagus: Die EZB ist Motor der Europäischen Umverteilung | S. 12

Hans-Werner Sinn: Aus der Target-Falle zur Enteignung der Sparvermögen | S. 18

Manfred Güllner: Perspektiven für die Bundestagswahl im September | S. 61

DER HAUPTSTADTBRIEF 113

5 Editorial

Bruno Waltert: Noch 38 Prozent der Deutschen vertrauen dem Euro

7 Der Staat entschuldet sich, der Sparer bezahlt die Zeche

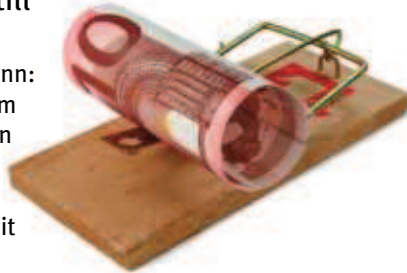
Kai Konrad: Die Versuchung, sich durch negative Zinsen und Inflation zu entschulden, ist erheblich

12 Die Allmächtige *oder* Die Rettungsspirale dreht sich und dreht sich

Philipp Bagus: Die EZB reagiert auf selbstgeschaffene Probleme, indem sie neue Probleme schafft

18 Die Target-Falle ist aufgestellt, sie wartet still in der Ecke

Hans-Werner Sinn: Das Euro-System hat mehr Tücken als die Staatsverschuldung. Ein Gespräch mit Alfred Schier



25 Statt „Mehr Europa“ besser ein „Europa der Bürger“

Werner Weidenfeld: Die Rückabwicklung von Kompetenzen könnten dem Kontinent aus der Krise helfen

30 Auf dem Weg zum Europa der Regionen

Hans-Peter Schneider: Eine neue Runde der Staatenbildung könnte die politische Landkarte der EU verändern

36 Kleine Länder, kleine Sorgen

Brun-Hagen Hennerkes: Der „Länderindex Familienunternehmen“ ist ein Kompass für Investitionsentscheidungen

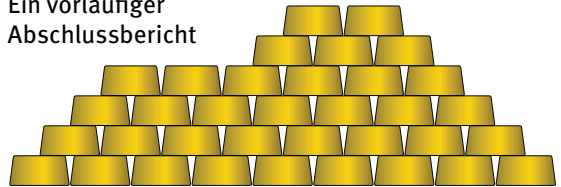
39 Impressum

41 Der Untergang von AEG-Telefunken bleibt ein warnendes Beispiel

Hans-Georg Jatzek: Die Probleme einer Vermögensteuer überwiegen deren vermeintlichen Vorteile

48 Mauern aus Gold

Stefan Aust: Die Bundesbank zeigt ihr Gold und stellt sich den Medien. Ein vorläufiger Abschlussbericht



55 In Sachen Gold bewegt sich was

Thorsten Polleit: Ein Kommentar zur neuen Bundesbank-Goldstrategie

57 Noch eine Chance für die Liberalen

Hans Kremendahl: Die Liberalen haben eine Chance, noch: als eigenständige Partei

61 Perspektiven für die Bundestagswahl im September 2013

Manfred Güllner: Die Ausgangslage der Parteien nach der Wahlentscheidung in Niedersachsen

64 Union derzeit so stark wie Rot + Grün

Die neuesten forsa-Umfragewerte

66 Flüchtlinge aus Syrien leiden Not

Heribert Scharrenbroich: Ein Aufruf zur Hilfe für die syrischen Flüchtlinge in Jordanien

69 Desaströse Planung geplantes Desaster?

Manuel René Theisen: Flughafen BER – Das kollektive Versagen ist kein Zufall, es hat System

75 Ein Kinderkreuzzug im 21. Jahrhundert

Peter Funken: Martin Honert zeigt im Hamburger Bahnhof Installationen der Erinnerung



79 Die größte Fotokamera der Welt in Berlin

Sie ist begehbar, heißt IMAGO 1:1 und kann eins zu eins: Menschen in Echtgröße aufnehmen



Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld ist Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Für den HAUPTSTADTBRIEF geht er der Frage nach, ob die populistische Parole „Mehr Europa“ eine richtige Antwort ist.

Statt „Mehr Europa“ besser ein „Europa der Bürger“

Dezentralisierung, Entbürokratisierung und Rückabwicklung von Kompetenzen könnten dem Kontinent aus der Krise helfen | Von Werner Weidenfeld

Das Krisen-Europa dieser Tage bewegt sich in einem merkwürdigen Konglomerat aller möglichen Stimmungen. Da gibt es die Angst um die eigene Währung, aber auch die Sorge um die Zukunft des Kontinents. Überschriften wie „Europa am Abgrund“ verweisen auf die höchst ungewöhnliche Dramatik der Lage. Dagegen stehen politisch beruhigende Hinweise auf das Krisenmanagement der politisch Verantwortlichen. Vom Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) bis zum Fiskalpakt wird zumeist auf Zeitgewinn gehofft. Im demoskopischen Datenmaterial spiegelt sich die Irritation wider: Einerseits wachsen Distanz und Misstrauen gegenüber dem bürokratisch organisierten „Brüssel-Europa“. Andererseits gibt die Mehrheit der Befragten an, der einzelne Staat allein sei überfordert. Und dann sagen mehr als zwei Drittel, man könne das alles, die komplizierte Lage, sowieso nicht verstehen.

Im Blick auf die höchst komplexe und höchst spannungsreiche atmosphärische Lage sind zwei völlig gegensätzliche politische Reaktionen in Europa zu registrieren:

- Historisch kann man an vielen Ereignissen der Europapolitik die Suche nach einfachen Antworten bei komplizierten Lagen festmachen.

Die Unüberschaubarkeit verlockt zur Rhetorik der simplen Lösung. Entsprechend haben in fast allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union die populistischen Angebote hohe Konjunktur. Und diese Konjunktur lässt sich auch in Wahlerfolge umsetzen. Man blicke nur nach Ungarn, in die Niederlande, nach Frankreich ... Die Liste ließe sich fortsetzen. In Deutschland

Die merkwürdige Vereinfachung auf den schlichten Ausruf „Mehr Europa“ wirkt geradezu provozierend.

“ blieb ein populistischer Groß-Erfolg bisher aus. Aber die Bundestagswahl im Herbst 2013 bietet einen interessanten Test für dieses Thema. Erstwahlstrategische Versuche, Anschluss an europapolitischen Populismus zu finden, laufen an.

- Viele verantwortliche Entscheidungsträger reagieren auf das aktuelle Paket an Herausforderungen mit einem völlig anderen, zunächst auch einfach klingenden Ausruf: „Mehr Europa!“ Manch einem Bürokraten mag dabei das Herz höher schlagen. Grundsätzlich wirkt diese merkwürdige Vereinfachung auf den schlichten Ausruf „Mehr Europa“ geradezu provozierend. Aber lässt sich in diesem vereinfachenden Ausruf wirklich eine Lösung für die krisenhaften Schwierigkeiten Europas finden? Die Lage ist doch viel komplizierter. Man muss sich zunächst einmal Klarheit über die Problemlage verschaffen.

Europa heute ist nicht mehr mit Lösungsangeboten von vor 20 oder 30 Jahren zu befriedigen. Früher hätte man auf die Frage, wofür Europa denn zuständig ist, neben dem feierlichen Hinweis auf die normativen Grundlagen locker auf Agrarpolitik und Außenzoll hingewiesen. Aber seitdem hat ein immenser Machttransfer stattgefunden. Thema für Thema ist auf die europäische Ebene abgewandert oder von dort einvernommen worden. Europa ist nicht mehr bloß ein Ornament des Politischen, sondern das Schlüsselstück politischer Machtarchitektur geworden.

Es gibt nur noch sehr wenige Ausschnitte der Politik, die nicht in europäischer Hand sind: die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und Teile der Kulturpolitik. Alles andere ist europäisiert. Und es kommt nicht von ungefähr, wenn im intellektuellen Leben der Begriff „Monster Europa“ (Hans Magnus Enzensberger) eine hohe Konjunktur aufweist. Diese „Vermonsterisierung“ Europas hat einen zusätzlichen, markanten Machtschub durch das finanzpolitische Krisenmanagement erhalten: europäische Rettungsschirme und Fiskalpakt. Das alles ist als jeweils neuer Schritt des Machttransfers zu sehen.

Drei Grundprobleme werden in diesem Prozess unübersehbar:

Problem Nummer 1: Die Führungsfrage ist ungeklärt. Wer übernimmt dafür die Verantwortung? Das Europäische Parlament kritisiert die „Gipfelitis“ der Regierungen. Alle Entscheidungen werden auf Gipfeltreffen verlagert, die sich den herkömmlichen Kontrollmechanismen entziehen. Im Vertraulichkeitsrahmen hinter verschlossenen Türen werden Kernfragen Europas entschieden – und den Europäern bleibt nur, auf die nächtliche Pressekonferenz zu warten, auf der die Ergebnisse verkündet werden.

Subtilere Beobachter können zusätzlich die Spannungsfelder zwischen dem Präsidenten des

Europäischen Rates, dem Präsidenten des Ministerrats, dem Präsidenten der EU-Kommission, dem Vorsitzenden des Euro-Rates, den Sprechern des Europäischen Parlaments, den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten und je nach Fall noch zusätzlich dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank und der Hohen Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik beobachten. Das ist die lange Liste von Verantwortlichen. Aber wer hat für welche europäische Aufgabe wirklich die Führungsverantwortung? Diese Frage kann gegenwärtig niemand beantworten.

Problem Nummer 2: Mit ungeklärter Führungsverantwortung ist eine zweite Problemkategorie eng verwoben: die Notwendigkeit, Transparenz zu

*Europa ist nicht mehr
Ornament des Politischen,
sondern das Schlüsselstück
politischer
Machtarchitektur.*

schaffen. Die Europäische Union gehört zweifellos zu den höchst intransparenten Phänomenen, mit denen das politische Leben bisher umzugehen hatte. Das gilt unter anderem für die vertraglichen

Grundlagen. Der Lissabon-Vertrag ist bestenfalls von Profis zu erfassen, deren Berufsleben kein anderes Betätigungsfeld aufweist. Es gibt zudem etliche Beispiele, z. B. im Umfeld der Fiskalpaktverhandlungen, bei denen nicht einmal die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten den Lissabon-Vertrag verstanden hatten. Und wie soll nun ein schlichter europäischer Bürger mit solchen Sachverhalten umgehen? Intransparenz veranlasst Distanzierung. Deshalb findet man in der Literatur immer wieder Kritik und Warnung hinsichtlich der „Entmündigung Europas“.

Problem Nummer 3: Alles dies wird grundiert von der elementaren Problemkategorie aller politischen Systeme: der Frage nach der Legitimation. Unübersehbar sind die Distanzierungsbewegungen der Bürger gegenüber der Administration Europas. Sie fühlen sich von diesem „Monster der Macht“ nicht angemessen orientiert. Sie verstehen die Entscheidungsprozesse nicht. Europa hat dramatisch an Macht gewonnen – aber nicht an Zustimmung der Bürger. Sie fühlen sich nicht

beheimatet. Die Euro-Gruppe hat über viele hundert Milliarden Euro zu entscheiden – aber Hintergründe, Anlässe, Interessen, Ziele, werden von den Europäern nicht verstanden. Wer ist auf diese Weise denn zu solch weitreichenden und tiefgreifenden Entscheidungen überhaupt legitimiert?

Natürlich ist das Europäische Parlament in den letzten 20 Jahren Gewinner im Ringen um mehr Kompetenzen. Aber dennoch sehen die Bürger dadurch die Legitimationsfrage nicht als beantwortet an. Zu weit weg, zu abstrakt, zu wenig greifbar – so erscheint das Europäische Parlament. Europawahlen degenerieren thematisch zu nationalen Stellvertreterwahlen. Das Bundesverfassungsgericht erinnert in jedem Urteil zu Europa-Themen besorgt an die Legitimations-

frage. Es hat als einen Antwortversuch den Deutschen Bundestag in eine relevantere Position gerückt. Andere Verantwortungsträger appellieren, den Präsidenten der EU-Kommission künftig doch direkt wählen zu lassen. Aber gelöst ist das Legitimationsproblem mit diesen verschiedenen Versuchen in der Wahrnehmung der Bürger nicht.

Wenn man vor diesem Hintergrund nun den Ruf „Mehr Europa“ hört, muss man irritiert sein – genauso wäre man ja auch irritiert, wenn solch komplizierte Sachverhalte auf die Kontroverse „Mehr Europa“ oder „Weniger Europa“ zugespitzt würde. Die Antwort muss ganz anders angegangen werden.

In allen Aufgaben, bei denen ein einzelner Staat in Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik überfordert ist, muss Europa auch wirklich handlungsfähig sein. Ein intransparentes, kaum legitimes Europa mit ungeklärten Führungsstrukturen ist dies nicht. Das Defizit an Handlungsfähigkeit, dort wo wir Europa wirklich und definitiv brauchen, ist ein Defekt, den es zu überwinden gilt.

Noch dringlicher aber erscheint es, das Legitimationsproblem zu lösen. Der Bürger muss Europa als „sein Europa“ erfahren können. Er muss es verstehen können. Er muss partizipieren können. Er muss positiv in Europa beheimatet sein. Mehrere Schritte können dabei hilfreich sein:

- Zur institutionellen Fortentwicklung hat der Europäische Rat eine hochrangige Reformkommission eingesetzt, bestehend aus Präsident des Europäischen Rates,

Der Lissabon-Vertrag ist bestenfalls von Profis zu erfassen, deren Berufsleben kein anderes Betätigungsfeld aufweist. Im Bild die Unterzeichnung dieses EU-Grundlagenvertrags durch Angela Merkel und die Regierungschefs der anderen EU-Mitgliedsstaaten am 13. Dezember 2007.



PICTURE-ALLIANCE/DPA/EPA/LUSA INACIO ROSA



PICTURE ALLIANCE/DPA/GEORGES BOUDOU/OMNIS/TECH/ANDOUT

Nehmen am 10. Dezember 2012 den Friedensnobelpreis für die Europäische Union entgegen: EU-Ratspräsident Van Rompuy, EU-Kommissionspräsident Barroso, EU-Parlamentspräsident Schulz. So viele Präsidenten! Aber wer hat für welche europäische Aufgabe wirklich die Führungsverantwortung? Diese Frage kann niemand beantworten.

Präsident der Europäischen Kommission, Präsident der Europäischen Zentralbank, Vorsitzendem des Euro-Rates. Eine ähnlich hochrangige Kommission sollte zum Thema „Dezentralisierung, Entbürokratisierung und Rückabwicklung von Kompetenzen“ eingesetzt werden. In der Eigendynamik des Machttransfers auf europäischer Ebene hat man den Überblick verloren. Der klare Blick auf angemessene Zuordnung von Kompetenzen sollte wiederhergestellt werden.

- Ebenso wichtig aber ist das Konzept, ein Europa nah am Bürger zu schaffen. Europa im Detail verständlich machen, Europa als Ort der Partizipation zu kreieren – das wäre die Lösung. Europäische Partizipation kann sich nicht erschöpfen in Wahlen zum Europäischen Parlament und künftig vielleicht noch die Direktwahl eines europäischen Präsidenten. Nein, auch die thematischen Details, die strategischen Antworten, die elementaren Problemlösungen müssen in einer Partizipationskultur erarbeitet werden. Diese Zukunftsaufgabe rechtfertigt jeden Aufwand an Phantasie, Kreativität und methodischer Rationalität.

Die mit Spannung erwartete Grundsatzrede des britischen Premierministers David Cameron hat auf eine tiefe Wunde Europas hingewiesen: die Distanz zwischen Bürger und Europa-Institutionen. Der scharf kritisierte Aspekt des Ringens um nationale britische Sonderinteressen sollte nicht von dieser Beleuchtung der Tiefendimension Europas völlig ablenken. Europa wird nicht darum herumkommen, eine Strategie für ein Europa der Bürger zu entwickeln und zu implementieren. An dem Punkt hat der so viel gescholtene Cameron recht. Eine neue Partizipationskultur ist anzuzeigen.

Europas Politik muss mit dem Konzept eines Europas der Bürger das Erklärungsdefizit eliminieren. Es ist viel Zeit und Kraft auf die Erläuterung zu richten. Wer die Deutungshoheit gewinnt, der gewinnt auch die Zukunft. Es wäre gut und angemessen, den Befund von Jürgen Habermas überarbeiten zu können, dass die Probleme Europas durch eine normativ verkümmerte Führungsgeneration geschaffen seien. Eine kreative, strategisch denkende Politik-Generation könnte ein „Europa der Bürger“ hinbekommen. Es bedarf nur einer entsprechend strategisch orientierten Führung, und das bürgernahe Europa entsteht! ◆